

E i n l a d u n g

Gremium: Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 27.09.2010, 16:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 16.09.2010

1. An die Mitglieder des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit der Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung**
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 07.06.2010**
- TOP 4 Entgelte der Kindertagesstätten
Vorlage: 2010/146**
- TOP 5 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011
Vorlage: 2010/119**
- TOP 6 Schließung der Sitzung**

**Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung**

**gez. Henkel
Erster Gemeinderat**

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/146

freigegeben am 15.09.2010

GB 2

Sachbearbeiter/in: Fritz Sundermann

Datum: 15.09.2010

Entgelte der Kindertagesstätten

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	27.09.2010	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
N	23.11.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

A)

Die Richtlinie zur Entgeltregelung der Kindertagesstätten wird mit Wirkung ab dem 01.01.2011 wie folgt neu gefasst:

„Richtlinie zur Entgeltregelung der Kindertagesstätten

1. Der Anteil der Elternentgelte an den Ausgaben des Ergebnishaushaltes soll ab dem 01.01.2011 = 25 % betragen. Dabei werden die besondere Finanzhilfe des Landes für die Freistellung von Elternbeiträgen im letzten Kindergartenjahr und die Zuschüsse für Integrationsgruppen den Elternentgelten zugerechnet. Die Ansätze des Finanzhaushaltes bleiben außer Betracht.
2. Die Entgelte werden in Form eines Fixbetrages erhoben, der in Abhängigkeit derjenigen Kinder erhoben wird, die zur Zeit der Entgelterhebung im Haushalt leben. Das Entgelt ist hierbei ab 4 Kindern gleich bleibend.
3. Besuchen aus einer Familie gleichzeitig mehrere Kinder eine Kindertagesstätte, so ermäßigt sich das Entgelt beim 1. Geschwisterkind um 50 %. Für das 2. und jedes weitere Geschwisterkind ist kein Entgelt zu entrichten. Diese Ermäßigung gilt nicht für die Entgelte der Sonderdienste und für das Essengeld.
4. Für Sonderdienste (Früh-/Mittagdienst) werden Entgelte für g a n z e Monate erhoben.“

B)

Aufgrund der „Richtlinie zur Entgeltregelung der Kindertagesstätten“ werden die Entgelte für die kommunalen Kindergärten ab dem 01.01.2011 wie folgt neu festgesetzt:

Krippe:

Entgelte für die Regelbetreuung 5 Stunden vormittags: 240,-- Euro

Entgelte für Sonderdienste: Früh- bzw. Mittagsdienst je ½ Stunde 20,-- Euro

Kindergarten:

Entgelte für die Regelbetreuung 4 Stunden vormittags oder nachmittags:

Im Haushalt lebende Kinder:

1	= 89,-- Euro
2	= 84,-- Euro
3	= 79,-- Euro
4 und mehr	= 74,-- Euro

Entgelte für die Regelbetreuung 5 Stunden vormittags oder nachmittags:

Im Haushalt lebende Kinder:

1	= 109,-- Euro
2	= 104,-- Euro
3	= 99,-- Euro
4 und mehr	= 94,-- Euro

Entgelte für die Ganztagesbetreuung:

Im Haushalt lebende Kinder:

1	= 187,-- Euro
2	= 177,-- Euro
3	= 167,-- Euro
4 und mehr	= 157,-- Euro

Entgelte für die Schnuppergruppe:

Im Haushalt lebende Kinder:

1	= 38,-- Euro
2	= 35,-- Euro
3	= 32,-- Euro
4 und mehr	= 29,-- Euro

Entgelte für Sonderdienste: Früh- bzw. Mittagsdienst je ½ Stunde 10,-- Euro
Essensgeld für Ganztagesgruppen 56,-- Euro

Hort:

Entgelte für die Regelbetreuung 4 ¼ Stunden nachmittags:

Im Haushalt lebende Kinder:

1	= 116,-- Euro
2	= 111,-- Euro
3	= 106,-- Euro
4 und mehr	= 101,-- Euro

Entgelte für Sonderdienste: Essensgeld 56,-- Euro

Sach- und Rechtslage:

A) Vorbemerkungen

Nach dem sonst üblichen Kostendeckungsprinzip des NKAG sind für die Benutzung öffentlicher Einrichtungen grundsätzlich kostendeckende Gebühren zu erheben. Für den Bereich Kindertagesstätten ist hierbei zu berücksichtigen, dass die Fachpersonalkosten bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen vom Land Niedersachsen in einem pauschalierten Verfahren mit 20 % bezuschusst werden. In Integrationsgruppen werden vom Land Niedersachsen zusätzlich die vollen Personalkosten der heilpädagogischen Fachkraft übernommen. Daneben werden in einem pauschalierten Verfahren 25 % (zusätzlich zu den vorgenannten 20 %) der Personalkosten der sozialpädagogischen Fachkraft zum Ausgleich des geringeren Entgeltaufkommens aufgrund der niedrigeren Platzzahl in Integrationsgruppen vom Land übernommen und eine Sachkostenpauschale zur Abgeltung aller weiteren Aufwendungen einschließlich eventueller Fahrtkosten gewährt.

Durch § 20 des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (KiTaG) erfolgt eine Abkehr vom Kostendeckungsprinzip. Gemäß § 20 KiTaG in der seit dem 01.08.2002 wieder geltenden Fassung sind die Entgelte für den Besuch von Kindertagesstätten, in denen die Kinder wöchentlich mindestens 15 Stunden am Vormittag betreut werden, so zu bemessen, dass die wirtschaftliche Belastung für die Sorgeberechtigten zumutbar ist. Die Entgeltsätze sollen sich nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Sorgeberechtigten unter Berücksichtigung der Zahl ihrer Kinder richten und gestaffelt werden. Es ist nicht mehr der Grad der Inanspruchnahme, sondern das Maß der zumutbaren wirtschaftlichen Belastung entscheidender Maßstab für den Elternbeitrag.

Die Umsetzung der Sozialstaffelung erfolgt in unterschiedlichster Art und Weise:

In den übrigen Ammerlandgemeinden erfolgt jeweils eine Staffelung nach Betreuungsdauer und Einkommen mit von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlichen Einkommens- und Entgeltstufen. Empfänger von Wohngeld zahlen hierbei jeweils das niedrigste Entgelt. Übersichten über die Höhe der Kindergarten- und Krippenbeiträge im Ammerland liegen bei.

B) Gemeinde Rastede

Soweit auch ohne Differenzierung mit einem Einheitsbeitrag die Zumutbarkeit auch für Eltern mit niedrigerem Einkommen nicht überschritten wird, ist eine Staffelung nicht geboten. Nach dem Wortlaut des § 20 KiTaG geht es darum, die Belastung der Eltern zumutbar zu halten, nicht um steuerlich genaue Gerechtigkeit.

Auch bei einem Einheitsbeitrag ist in Fällen geringen Einkommens die Übernahme der Kindergartenentgelte im Rahmen der wirtschaftlichen Jugendhilfe möglich.

In der Gemeinde Rastede wurden von 1994 bis Juli 2000 die Entgelte für den Besuch der Kindergärten in Abhängigkeit von den um die Kinderfreibeträge bereinigten positiven Einkünften sowie nach der Kinderzahl gestaffelt. Die jährliche Einstufung nach dem Einkommen hat einen erheblichen Verwaltungsaufwand verursacht und war für die Eltern kaum nachvollziehbar.

Auf Vorschlag des Gemeindefratens für Kindertagesstätten und weil ca. 86 % aller Eltern den beiden untersten Entgeltstufen entfielen, hat der Rat in seiner Sitzung am 04.04.2000 mehrheitlich ab dem 01.08.2000 die Kindergartenentgelte nur noch nach der Zahl der im Haushalt lebenden Kinder gestaffelt. Der Anteil der Elternentgelte an den haushaltsmäßigen Bruttoausgaben (Zuschüsse Dritter werden nicht abgezogen) sollte bei rechnerischer Vollausslastung der Plätze 25 % betragen.

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wurde im Jahre 2003 eine Steigerung des Elternentgeltanteils auf 26 % im Jahr 2004, auf 27 % im Jahr 2005, auf 28 % im Jahr 2006, auf 29 % im Jahr 2007 und auf 30 % ab dem Jahr 2008 beschlossen. Gleichzeitig wurde beschlossen, dass bei der Kalkulation die Ansätze des Vermögenshaushaltes, die kalkulatorischen Kosten und die inneren Verrechnungen außer Betracht bleiben.

Aufgrund des ab dem Jahr 2009 vorgenommenen Wechsels auf die doppische Buchführung sind ab diesem Zeitpunkt systembedingt alle inneren Verrechnungen sowie die kalkulatorischen Kosten zusammen mit den Bewirtschaftungskosten bei der jeweiligen Kindertagesstätte unter den Sachkonten 481300 und 481310 im Ergebnishaushalt abzurechnen. Zusätzlich sind weitere Positionen, die bisher im Vermögenshaushalt veranschlagt worden sind, im Rahmen der doppischen Buchführung ebenfalls im Ergebnishaushalt zu buchen.

Unter Berücksichtigung dieser stattgefundenen Veränderungen ist der gewünschte Elternentgeltanteil von 30 % nicht mehr haltbar und anzupassen. Es wird daher vorgeschlagen, den Anteil der Elternentgelte künftig auf 25 % zu senken und anhand der Ausgaben des Ergebnishaushalts für die Kindertagesstätten zu errechnen. Dabei werden die besondere Finanzhilfe des Landes für die Freistellung von Elternbeiträgen im letzten Kindergartenjahr und die Zuschüsse für Integrationsgruppen den Elternentgelten zugerechnet. Die Ansätze des Finanzhaushaltes bleiben außer Betracht.

Ausgehend von den Entwurfszahlen für das Haushaltsjahr 2011 und ohne eine Anpassung der Elternentgelte würde mit den inneren Verrechnungen eine Elternquote von 22,99 % erzielt werden.

Die letzte Erhöhung der Kindergartenentgelte wurde zum 1.8.2004 vorgenommen und zwar auf nachfolgende Beträge:

Entgelte für die Regelbetreuung 4 Stunden vormittags oder nachmittags:

Im Haushalt lebende Kinder:	1 = 81,-- Euro
	2 = 76,-- Euro
	3 = 71,-- Euro
	4 und mehr = 66,-- Euro

Entgelte für die Regelbetreuung 5 Stunden vormittags oder nachmittags:

Im Haushalt lebende Kinder:	1 = 97,-- Euro
	2 = 92,-- Euro
	3 = 87,-- Euro
	4 und mehr = 82,-- Euro

Entgelte für die Ganztagesbetreuung:

Im Haushalt lebende Kinder:	1 = 172,-- Euro
	2 = 162,-- Euro
	3 = 152,-- Euro
	4 und mehr = 142,-- Euro

Entgelte für die Schnuppergruppe:

Im Haushalt lebende Kinder:	1 = 33,-- Euro
	2 = 30,-- Euro
	3 = 27,-- Euro
	4 und mehr = 24,-- Euro

Entgelte für Sonderdienste:

Frühdienst	8,-- Euro
Mittagsdienst	16,-- Euro
Essensgeld für Ganztagesgruppen	43,-- Euro

Seit dem Jahre 2004 sind sowohl die Bewirtschaftungskosten als auch insbesondere die Personalkosten erheblich angestiegen. Ebenso übersteigen die Beschaffungskosten für das Mittagessen inzwischen das bisher hierfür festgelegte Entgelt.

Die gewünschte Elternquote von 30 % konnte trotz dieser gestiegenen Kosten in den vergangenen Jahren durch die Einrichtung und damit verbesserte Förderung von Integrationsgruppen und insbesondere durch die im Jahre 2007 erfolgte Einführung des beitragsfreien letzten Kindergartenjahres erreicht werden. Hierfür wird der Gemeinde ein Betrag von 120,00 Euro monatlich für Halbtagesbetreuung und von 160,00 Euro für Ganztagesbetreuung vom Land gezahlt. Diese Beträge aus der Landesförderung lagen deutlich über den tatsächlich erhobenen Elternentgelten. Durch die Veränderungen infolge der doppelten Buchführung ist dieser Bonus aber aufgezehrt.

Gemäß § 10 KiTaG können die Beiräte der Kindertagesstätten bzw. der Gemeindeelternrat für Kindertagesstätten Vorschläge zur Regelung der Elternentgelte machen. Eine Abstimmung mit den Beiräten zu der vorgeschlagenen Erhöhung ist bisher nicht erfolgt.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Entgeltanpassung würde für die kommunalen Kindergärten Mehreinnahmen im Jahre 2011 in Höhe von rd. 5.300 Euro für das Essensgeld und von rd. 25.000 Euro für Benutzungsentgelte bedeuten.

Anlagen:

- Anlage 1 – Entgeltquote 2011
- Anlage 2 – Übersicht Kindergartenbeiträge Ammerland
- Anlage 3 – Übersicht Krippenbeiträge Ammerland
- Anlage 4 – Übersicht Krippenbeiträge Andere

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/119

freigegeben am 06.08.2010

Stab

Sachbearbeiter/in: Herr Frank Dudek

Datum: 06.08.2010

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	14.09.2010	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Ö	20.09.2010	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
Ö	21.09.2010	Schulausschuss
Ö	27.09.2010	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
Ö	28.09.2010	Kultur- und Sportausschuss
Ö	04.10.2010	Feuerschutzausschuss
Ö	09.11.2010	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	23.11.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Haushaltsplanung wird in die Fachausschüsse zur Beratung überwiesen.

Sach- und Rechtslage:

Die verwaltungsseitige Haushaltsplanung für 2011 ist entsprechend dem Stand der Kenntnisse und Planungsbedingungen abgeschlossen. Soweit sich die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bis zum Ende des Jahres nicht ändern, kann für 2011 von einem Haushalt ausgegangen werden, der im Ergebnishaushalt ausgeglichen ist und im Bereich laufende Verwaltung des Finanzhaushaltes die ordentliche Tilgung erwirtschaftet.

Für den Ergebnishaushalt ergibt sich bis jetzt ein Überschuss in Höhe von 183.000 Euro. Im Bereich laufende Verwaltung des Finanzhaushaltes ist über die ordentliche Tilgung hinaus ein Überschuss von 2.200 Euro vorhanden.

Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt	
Überschuss 183.000 Euro	Bereich	
	Überschuss 2.200 Euro nach Abzug ordentliche Tilgung	laufende Verwaltung
	Keine Finanzierung durch Überschuss laufende Verwaltung	Investitionen
	Kreditbedarf 2.180.000 Euro	Finanzierung

Die Haushaltsplanung 2011 berücksichtigt Aufgabenschwerpunkte, die neben der Erschließungsentwicklung der Gemeinde die Kindertagesstätten und die „Gebäudeunterhaltung“ nach energetischen Gesichtspunkten beinhalten.

Planerische Rahmenbedingungen:

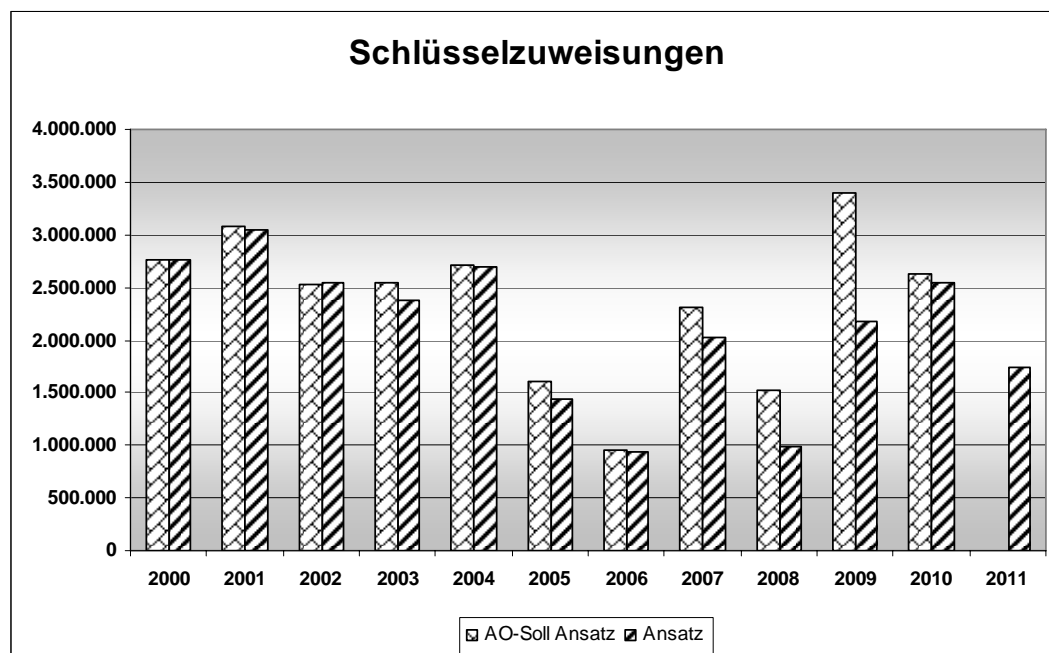
Die planerischen Rahmenbedingungen betreffen vor allem die allgemeinen Deckungsmittel. Betrachtet man die nachstehende Aufstellung, dann wird ersichtlich, dass gegenüber der Planung 2010 ein Finanzierungsvorteil von 554.950 Euro vorhanden ist.

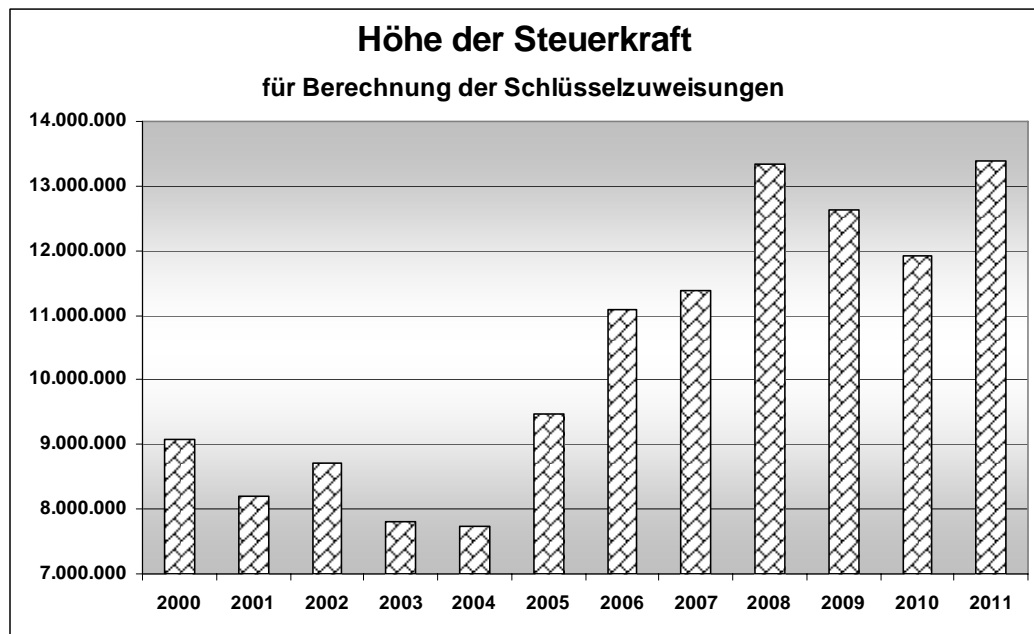
	2010		2011
	Ansatz	Stand 19.08.10	Ansatz
Grundsteuer A	138.000	144.090,43	143.000
Grundsteuer B	2.245.000	2.236.019,87	2.245.000
Gewerbsteuer	5.600.000	7.512.566,00	6.350.000
Einkommensteuerbeteiligung	4.500.000	4.500.000,00	4.550.000
Umsatzsteuerbeteiligung	421.600	421.600,00	434.000
Vergnügungssteuer	23.500	23.008,00	23.000
Hundesteuer	53.000	53.262,93	53.000
Schlüsselzuweisungen	2.540.926	2.613.105,00	1.739.000
Zusch. übertragener Wirkungskreis	336.178	341.344,00	340.000
Summe	15.858.204	17.844.996,23	15.877.000

Gewerbsteuerumlage	1.351.290	1.721.000,00	1.455.000
Kreisumlage	5.462.864	5.487.550,00	4.823.000
Summe	6.814.154	7.208.550,00	6.278.000

Saldo	9.044.050	10.636.446,23	9.599.000
Saldo gegenüber Planung Vorjahr	554.950		

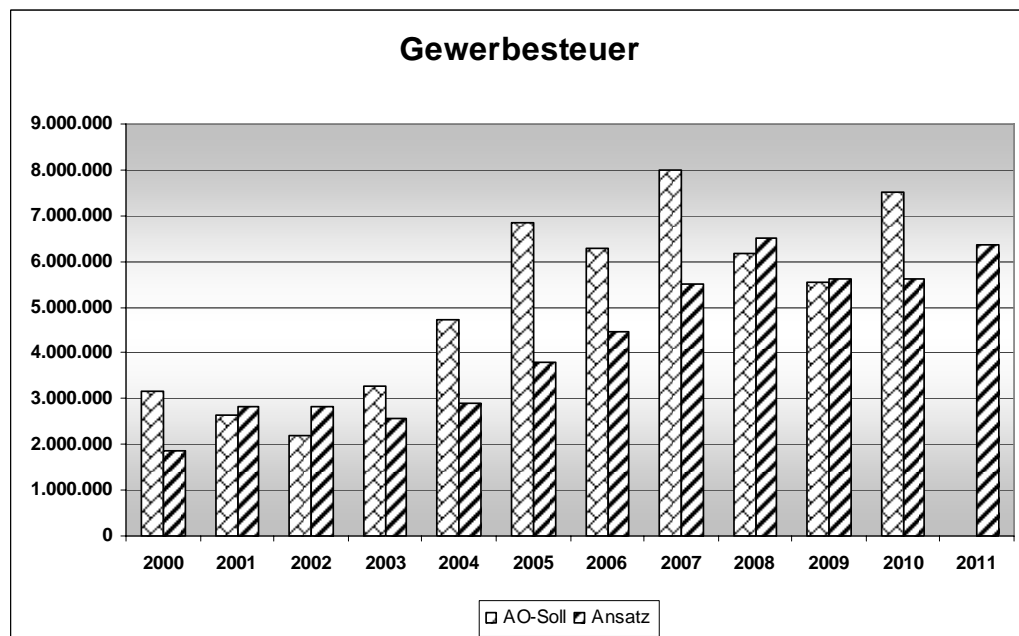
Die Schlüsselzuweisungen werden gegenüber 2010 kräftig sinken, weil die Gewerbesteuer-einnahmen in 2010 mehr als deutlich über den Erwartungen liegen. Im Haushaltsplan 2010 sind 5.600.000 Euro Einnahmen aus Gewerbesteuer veranschlagt worden. Nach der Sollstellung zum 19.08.10 kann mit Einnahmen in Höhe von rd. 7.500.000 Euro gerechnet werden. Die hohen Einnahmen in 2010 erzeugen für die Gemeinde Rastede eine hohe Steuerkraft, die maßgeblich für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen ist.





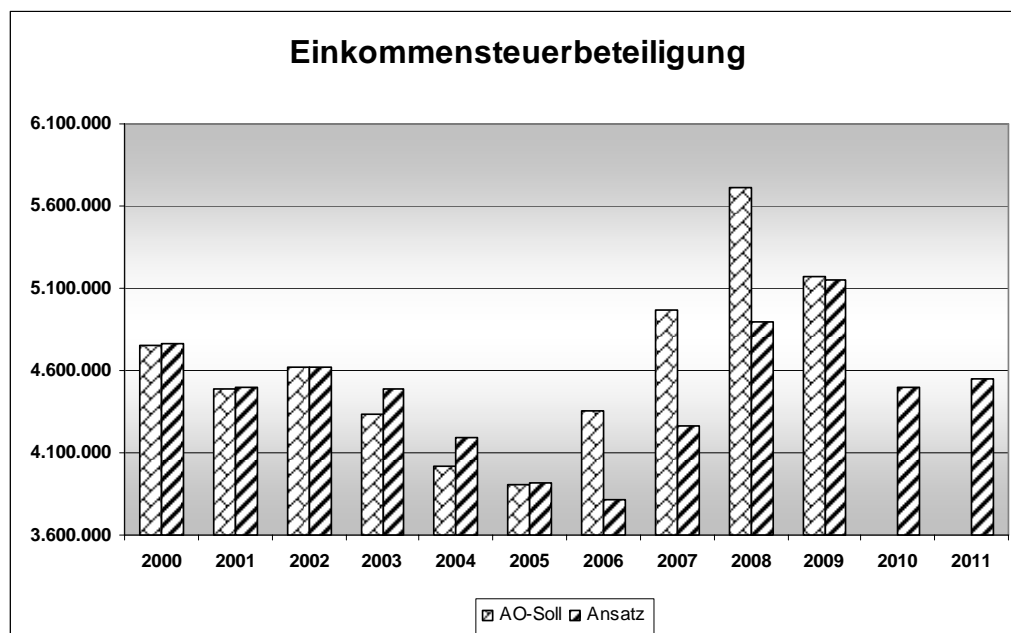
Die Schlüsselzuweisungen sind trotz Rückgang immer noch optimistisch eingeschätzt, weil bei der vorliegenden Berechnung von dem sog. Grundbetrag wie in 2010 ausgegangen wurde. Der Grundbetrag wird traditionell erst im November durch das Land bekannt gegeben.

Aufgrund der aktuellen konjunkturellen Entwicklung kann nicht davon ausgegangen werden, dass das Land diesen Betrag für 2011 nochmals nach 2010 herabsetzt. Die Gewerbesteuer für 2011 wird mit 6.350.000 Euro erheblich über dem Ansatz 2010 veranschlagt.

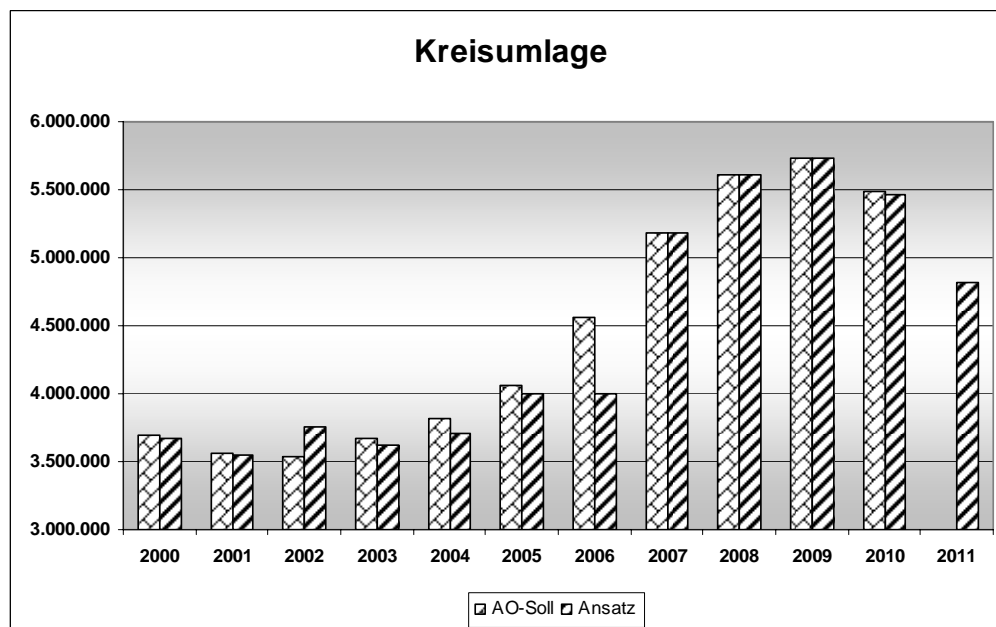


Bei der Höhe der derzeitigen Sollstellung dürfte dies gerechtfertigt sein. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass trotz Finanzkrise mit der vorgenommenen Veranschlagung von einem Einnahmenvolumen ausgegangen wird, welches in etwa den Einnahmen in „guten“ Jahren entspricht. Ein Grund, warum sich die Einnahmen in 2010 so gut entwickeln, ist die Tatsache, dass die Finanzämter in großem Umfang die Gewerbesteuermessbeträge für 2008 festgesetzt haben, also für die Zeit vor der Finanzkrise. Noch sind für die Gemeinde Rastede keine Kennzeichen für eine örtliche negative Finanzentwicklung ersichtlich.

Die Beteiligung an der Einkommensteuer berücksichtigt ausschließlich die regionalisierte Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres. Einen besseren Anhaltspunkt als die Steuerschätzung gibt es für die Veranschlagung nicht.



Entgegen dem durch die nachstehende Grafik vermittelnden Eindruck sinkt die Kreisumlage tatsächlich nicht. Es besteht Einvernehmen zwischen den Gemeinden und dem Landkreis, die Schulfinanzierung ab 2011 neu zu organisieren. Die Schulfinanzierung wird ab 2011 komplett durch die Gemeinden wahrgenommen, was durch Reduzierung der Kreisumlage kompensiert wird. Hierzu gibt es eine besondere Beschlussvorlage, über die noch zu beraten und zu entscheiden ist.



Der Landkreis hat sich noch nicht dazu geäußert, ob die Kreisumlage ab 2011 angehoben werden soll. Die Entscheidung darüber bleibe, so der Landkreis, den Erkenntnissen der eigenen Haushaltsplanung vorbehalten.

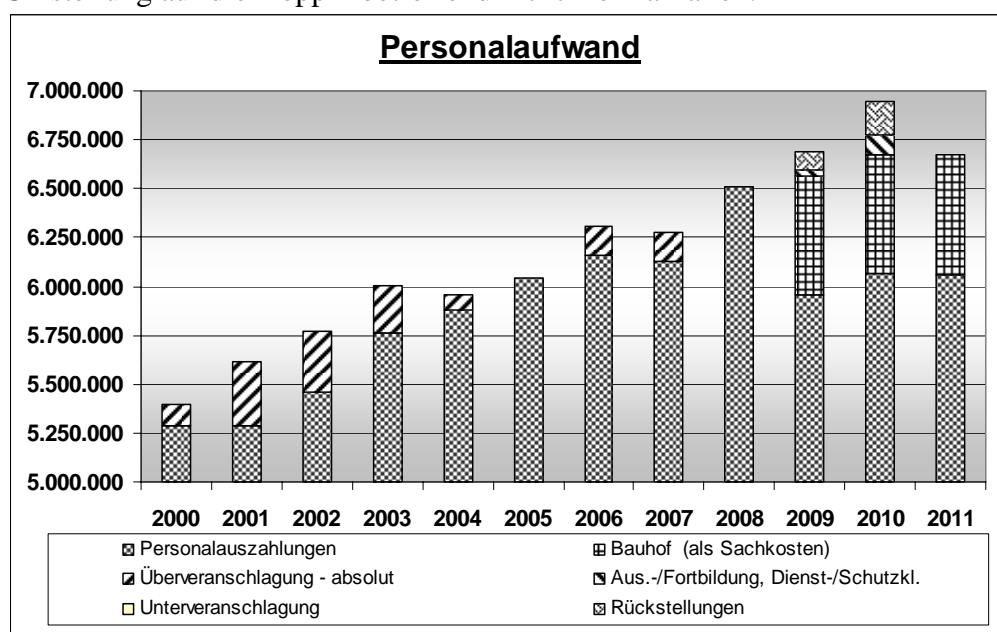
Im Übrigen wird für 2011 ein „normales“ Haushaltsjahr erwartet, welches vor allem im Bereich Gebäude und Betrieb öffentlicher Einrichtungen zunehmend im Blickpunkt von Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und des Energiemanagements steht.

Wichtig ist für die Gemeinde Rastede, dass das Gesamtpaket der energetischen Maßnahmen in den nächsten Jahren zielstrebig umgesetzt wird; dann nämlich kann und wird die prognostizierte gute Amortisation neben einem ökologischen auch einen ökonomischen Erfolg mit sich bringen. Das gemeindliche Energiekonzept ist deshalb in mehrfacher Hinsicht als ein besonderer Bestandteil der aktuellen und späteren Haushaltsplanungen zu verstehen.

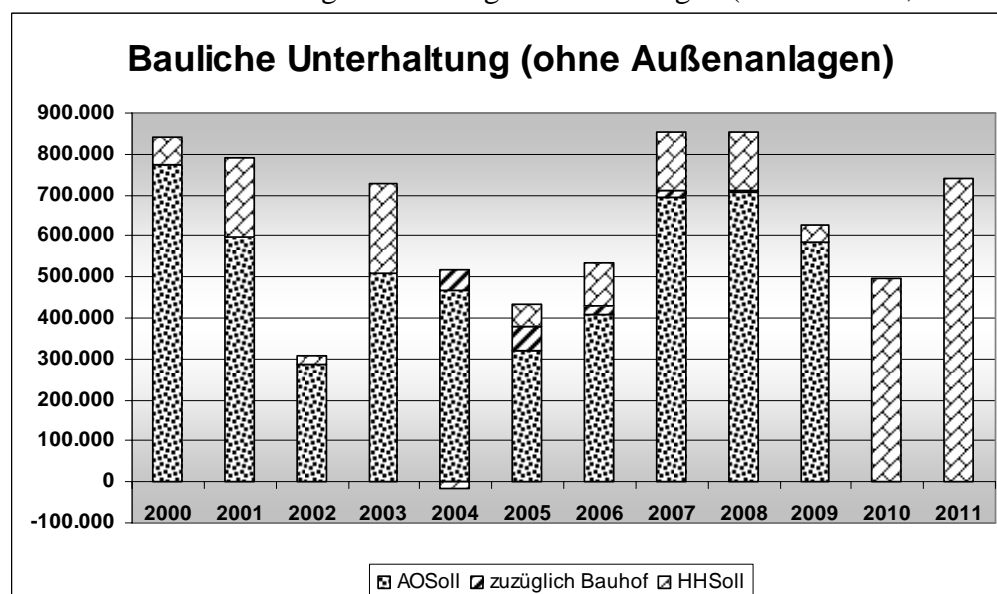
Andere Ausgabenschwerpunkte:

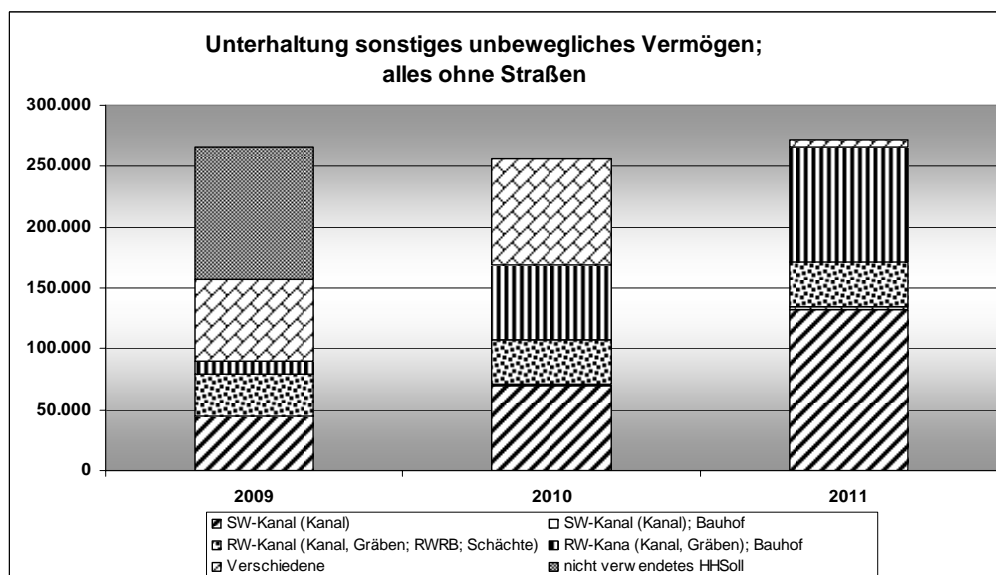
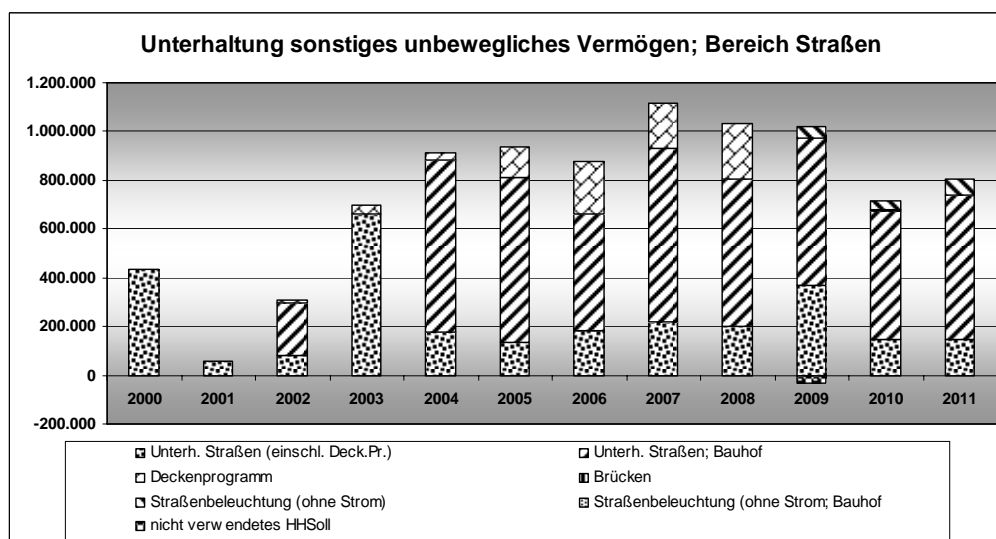
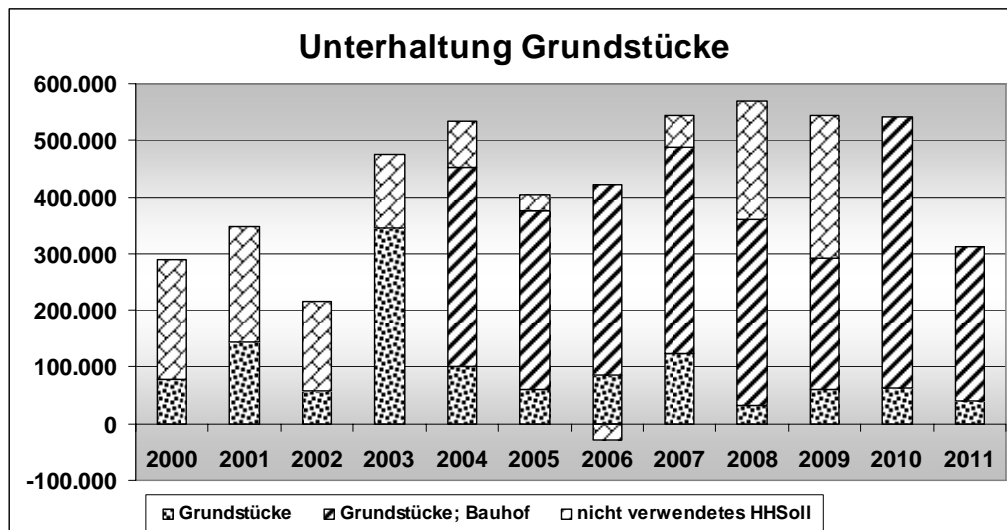
In der nachstehenden Grafik ist für 2011 gegenüber 2010 eine rückläufige Kostenentwicklung erkennbar. Richtig ist, dass die Gemeinde keinen Personalüberhang hat und auch kein Personal reduziert hat. Allerdings dürfte im Rahmen von Personalfluktuations der Tarifvertrag öffentlicher Dienst seine Wirkung entfalten; der Tarifvertrag ebenso wie planerische Bereinigungen des Jahres 2010 führen zu einem rückläufigen Aufwand.

Die Veränderung bei den Aus- und Fortbildungskosten ist dem Umstand geschuldet, dass die umfangreichen Fortbildungsmaßnahmen insbesondere im Bereich der Finanzverwaltung die Umstellung auf die Doppik betreffend nicht mehr anfallen.



Nachstehend folgen drei Grafiken. Sie betreffen die Unterhaltung von baulichen Anlagen, Grundstücken und sonstigem unbeweglichen Vermögen (z. B. Straßen, Kanäle).





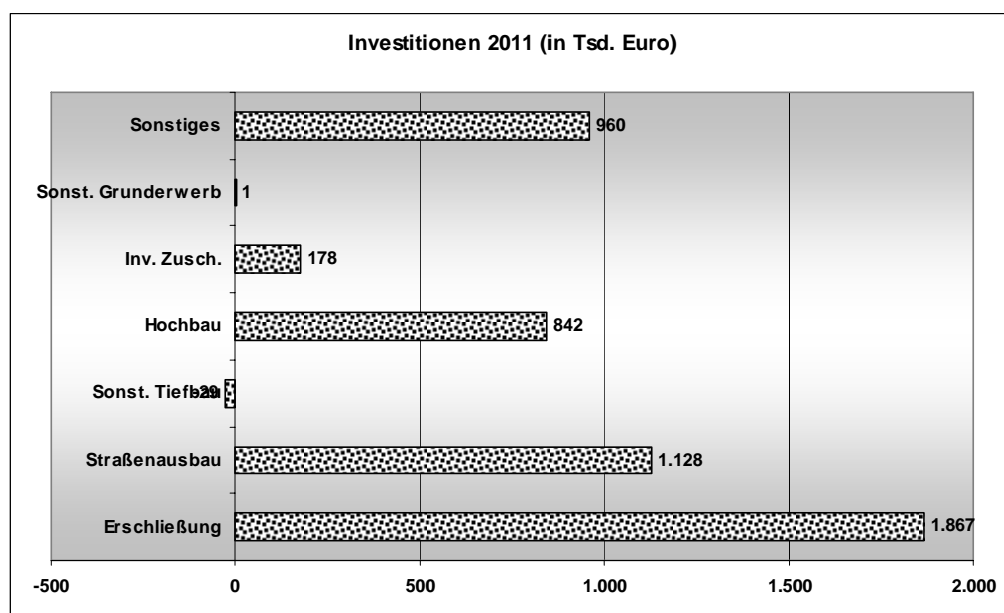
Bei Betrachtung der Grafiken ist zu beachten, dass der Verwaltungsausschuss am 17.08.2010 eine Reihe von Sonderprojekten im Volumen von 458.200 Euro (Bereich Gebäude) und 175.000 Euro (Bereich Straßen) beschlossen hat. Dieses Haushaltsvolumen ist im Haushaltsplan 2011 nicht (mehr) veranschlagt.

Berücksichtigt man diese Sonderprojekte neben dem planerischen Haushaltsvolumen, dann darf man für die Gemeinde Rastede feststellen, dass bei langjähriger Betrachtung für die Unterhaltung die nach Wertverlustgesichtspunkten vorzusehenden Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Mit diesem Planungsergebnis kann die Gemeinde zufrieden sein, denn mit den Maßnahmen werden Unterhaltungsrückstände und damit außerordentliche Werteverzehre am Vermögen nicht eintreten.

Investitionen

Die nachstehende Grafik zeigt die Verteilung der Investitionsmittel auf verschiedene Ausgabebereiche. Es ist zu beachten, dass dies nur eine Kalenderjahresbetrachtung ist und nicht die Finanzierungsquote von Einzelmaßnahme/Maßnahmenbereichen darstellt.



Finanzierung der Investitionen und Schulden

In dem anliegenden Investitionsprogramm sind alle Investitionen und Einnahmen dargestellt. Es ergibt sich ein zu finanzierender Saldo in Höhe von 2.118.000 Euro. Weil, wie oben dargestellt, der Bereich laufende Verwaltung des Finanzhaushaltes lediglich die ordentliche Tilgung erwirtschaften kann, darüber hinaus aber keine „freie Finanzspitze“, ist der Saldo über Kredite zu finanzieren. Eine „freie Finanzspitze“ wird sich voraussichtlich auch nicht aus dem Jahresergebnis 2010 (Stichwort: überplanmäßige Gewerbesteuererinnahmen) ergeben, weil diese Überschüsse für die Sonderprojekte und sonstige über- und außerplanmäßige Aufwendungen aus der Finanzierung des Jahres 2010 verbraucht werden.

Der Kreditrahmen 2010 wird voraussichtlich nicht ausgeschöpft werden. Für eine im nächsten Jahr anstehende Zinsanpassung wird eine Umschuldung erforderlich sein.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden konnte, der auch erkennen lässt, dass im Bereich laufende Verwaltung die ordentliche Tilgung erwirtschaftet werden kann.

Auf die kostenrechnenden Einrichtungen und die Gebühren wird in einer besonderen Vorlage im Finanz- und Wirtschaftsausschuss am 09.11.2010 eingegangen.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage

Anlagen:

Anlage 1: Stellenplanübersicht mit Erläuterungen

Anlage 2: Investitionsprogramm

Anlage 3: Mittelanmeldungen Produkte

Anlage 4: Mittelanmeldungen Kostenstellen

Anlage 5: Mittelanmeldungen Unterhaltung Gebäude

Anlage 6: Mittelanmeldungen Unterhaltung Grundstücke

Anlage 7: Übersicht über Produkte und Kostenstellen